

REGARDS EXTERIEURS

Deutschsprachige Minderheiten in Europa im Vergleich zum Elsass

Ulrich AMMON
Institut für Germanistik
Gerhard Mercator Universität DUISBURG

I. Deutschsprachige Minderheiten in Europa im Überblick und ihre Vergleichbarkeit mit dem Elsass

Wenn wir Europa eng fassen und auf die EU einschließlich der anerkannten zukünftigen Beitrittsländer einschränken, so finden wir in folgenden Ländern deutschsprachige Minderheiten (alphabetische Reihenfolge der Länder):

Belgien, Dänemark, Italien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn. Diese Liste beschränkt sich auf Länder, welche die Existenz einer deutschsprachigen Minderheit offiziell anerkannt und sich zum Schutz gewisser Minderheitsrechte bereit erklärt haben. Insoweit besteht also kein Zweifel an der Existenz deutschsprachiger Minderheiten in diesen Ländern.

Wie man sieht, fehlt Frankreich in dieser Liste, da es die Existenz einer deutschsprachigen Minderheit in seinen Grenzen nicht offiziell anerkannt hat. Insofern sind die Sprecher der germanophonen Dialekte im Elsass und in Lothringen auch keine deutschsprachige Minderheit. Ihre Lage lässt sich jedoch mit derjenigen deutschsprachiger Minderheiten in den Mitgliedsländern der EU vergleichen. Dieser Vergleich ist schon deshalb nicht abwegig, weil die Sprecher germanophoner Dialekte im Elsass und in Lothringen von durchaus ernst zu nehmenden Institutionen ebenfalls als deutschsprachige Minderheit anerkannt werden. Darunter sind durchaus Institutionen, die von den deutschsprachigen Ländern und ihren Sprachinteressen unabhängig sind. Das gewichtigste Beispiel ist das Europäische Büro für Sprachminderheiten (The European Bureau for Lesser Used Languages/ Le Bureau européen pour les langues moins répandues), das vom Europarat und von der Europäischen Union gemeinsam gefördert wird. An der Auffassung dieser gegenüber einzelnen EU-

Mitgliedsländern neutralen Instanz orientiert sich auch die hier beigefügte Karte deutschsprachiger Minderheiten.

Nicht alle deutschsprachigen Minderheiten in den oben genannten Ländern sind ohne weiteres vergleichbar mit dem Elsass. So ist die Vergleichbarkeit insbesondere eingeschränkt bei den „Sprachinseln“, die nicht an das geschlossene deutsche Sprachgebiet angrenzen (in Rumänien, teilweise auch in Polen und Ungarn). Sogar von den ans geschlossene deutsche Sprachgebiet angrenzenden deutschsprachigen Minderheiten, mit Nachbarschaftslage dazu also, sind manche nur schwer mit dem Elsass vergleichbar. Dies gilt besonders für die deutschsprachige Minderheit in Tschechien, deren jüngere Geschichte unter ganz anderen politischen und wirtschaftlichen Einflüssen stand.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit beschränke ich mich im Weiteren auf die seit je zum Westen, sogar zur EU gehörenden deutschsprachigen Minderheiten: in Dänemark, Belgien und Italien (vgl. die Karte).



II. Die Vergleichskriterien

Der nachfolgende Vergleich erstreckt sich auf Kriterien, zu denen brauchbare Daten vorliegen, von denen angenommen werden darf, dass sie für die Stellung und den Erhalt von Minderheitssprachen relevant sind. Dies sind im Einzelnen folgende Kriterien:

2.1 Geschichte

Hier geht es vor allem um die Geschichte der staatlichen Zugehörigkeit, da Sorgen um die staatspolitische Loyalität das Verhältnis eines Staates zu seinen Minderheiten beeinflussen können.

Von besonderer Bedeutung ist hier die frühere Zugehörigkeit zu einem mehrheitlich und amtlich deutschsprachigen Staat.

2.2 Größe

Eine zahlenstärkere Sprachminderheit hat – ceteris paribus – eher Aussichten auf Spracherhalt und auf Gewährung von Minderheitsrechten als eine kleinere.

2.3 Geschlossenheit der Ansiedlung

Bei geschlossener Ansiedlung ist wegen besserer interner Kontaktmöglichkeiten der Erhalt der Minderheitssprache leichter als bei Streusiedlung zwischen Sprechern der Mehrheitssprache .

2.4 Anerkennung als Minderheit

Die ausdrückliche staatliche Anerkennung als Sprachminderheit begründet den Anspruch auf Pflege und Bewahrung der Minderheitssprache und erweitert die Möglichkeiten dazu.

2.5 Zuordnung zur deutschen Sprache

Bei eindeutiger Zuordnung der Minderheitssprache zur deutschen Sprache ist Standarddeutsch eher das Ziel von Spracherhaltbemühungen als andernfalls. Dies gilt speziell für die Zuordnung der von der Minderheit gesprochenen Dialekte zur deutschen Sprache.

2.6 Politische Vertretung

Verfügt die Minderheit über eine institutionalisierte politische Vertretung, womöglich eine ausdrücklich die Minderheitsinteressen vertretende politische Partei, so hat sie wirksamere Möglichkeiten zum Erhalt der eigenen Sprache als andernfalls.

2.7 Schule

Ist die Minderheitssprache Unterrichtssprache in der Schule, so ist ihr Erhalt eher gesichert als, wenn sie nur – womöglich auf bestimmte Schulstufen eingeschränktes – Unterrichtsfach ist. Dies gilt erst recht, wenn die Minderheit über separate Schulen verfügt, in denen die Minderheitssprache einzige oder hauptsächliche Unterrichtssprache ist.

2.8 Medien

Je mehr Medien existieren, die sich der Minderheitssprache bedienen, um so mehr Stützen gibt es für den Spracherhalt. Dabei sind auch –

womöglich gesetzliche – Einschränkungen der Sprachwahl in den Medien von Bedeutung.

2.9 Sprachwahl in der Öffentlichkeit

Es wirkt sich auf die Einstellung der Minderheit wie auch der umgebenden Mehrheit zur Minderheitssprache aus, ob bei öffentlichen Veranstaltungen der Minderheit (oder zu Belangen der Minderheit) normalerweise die Minderheitssprache gesprochen wird oder nicht. Der selbstverständliche Gebrauch auch in der Öffentlichkeit demonstriert die Anerkennung der Minderheitssprache.

Es bedarf meines Erachtens hier keiner näheren Begründung, warum diese Vergleichskriterien Indikatoren für die „Lebendigkeit“ der Minderheitssprache sind und Anhaltspunkte für die Aussicht auf Spracherhalt liefern (vgl. zu Spracherhaltfaktoren von Sprachminderheiten Ammon 1991, Kap. 5). Im Wesentlichen sind es allerdings beschreibende Kriterien bezüglich der Stellung einer Minderheitssprache in einem Staat, die für die Erklärung dieser Stellung nur gewisse Anhaltspunkte liefern. Ursächliche Erklärungen historischer Zustände, wie z.B. der Stellung einer Minderheitssprache, sind immer selektiv und unabgeschlossen. Im letzten Abschnitt, der stärker auf Erklärung abzielt, möchte ich jedoch auf einen zusätzlichen, bislang wenig beachteten neu entstandenen Faktor hinweisen, der vermutlich nicht unwesentlich zur besonderen Lage der germanophonen Sprachminderheit im Elsass beiträgt.

III. Die mit dem Elsass vergleichbaren Minderheiten im Einzelnen

3.1. In Dänemark

3.1.1. Geschichte

Die deutschsprachige Minderheit lebt im Süden Dänemarks, im dänischen Kreis Südjütland (dänisch Sønderjylland). Dieses Gebiet gehörte bis zum Ende des I. Weltkrieges unter der Bezeichnung „Nordschleswig“ zum Deutschen Reich und gelangte 1920 durch eine Bestimmung des Versailler Vertrags aufgrund einer Volksabstimmung an Dänemark. Ganz Schleswig war bis 1864 ein eigenständiges

Herzogtum, das mit Dänemark in Personalunion verbunden war. 1864 gelangte es nach einem von Preußen und Österreich begonnenen Krieg gegen Dänemark, den Dänemark verlor, zunächst an Preußen und später an Deutschland. Aufgrund der Ergebnisse der Volksabstimmung von 1920 wurde das Gebiet dieses ehemaligen Herzogtums dann geteilt, so dass der kleinere, nördliche Teil wieder an Dänemark fiel und der südliche bei Deutschland verblieb. Die Grenze ließ sich wegen verstreuter Siedlung nicht exakt zwischen den beiden Sprachgruppen ziehen, sondern auf beiden Seiten der Grenze blieb eine Minderheit der jeweils anderen Sprachgruppe bestehen (vgl. hierzu und zum Weiteren Pedersen 1996).

3.1.2. Größe

Die fragliche deutschsprachige Minderheit ist mit nur ungefähr 15.000 Personen, die nur 6% der Bevölkerung von Südjütland ausmachen, ausgesprochen klein.

3.1.3. Geschlossenheit der Ansiedlung

Die Minderheit lebt verstreut unter der dänischsprachigen Mehrheitsbevölkerung (Streusiedlung), wenn auch in einzelnen Ortschaften in stärkerer Konzentration.

3.1.4 Anerkennung als Minderheit

Die Minderheit ist vom dänischen Staat ausdrücklich als solche anerkannt. Sie darf sich – auf Deutsch – ohne weiteres „deutsche Volksgruppe“ nennen. Dänemark gehört auch zu den Ländern, welche die „Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen“ des Europarates und der Europäischen Union ratifiziert und sich damit verpflichtet haben, die darin geforderten Minderheitsrechte zu gewähren.

3.1.5. Zuordnung zur deutschen Sprache

Der häusliche Dialekt der Minderheit, Südjütisch (dänisch Sønderjysk), ist aus linguistischer Sicht eher Dänisch als Deutsch. Dennoch bekennt sich die „Deutsche Volksgruppe“ zu Deutsch als Kultursprache, aber auch als Muttersprache. Entscheidend für die Zuordnung des Einzelnen ist das Bekenntnisprinzip (im Gegensatz

zum Feststellungsprinzip), was auch im Einklang steht mit der Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen.

3.1.6. Politische Vertretung

So klein die deutschsprachige Minderheit ist, gibt es für sie doch eine eigene Partei, die Slesvigsk Parti (SP). Sie ist allerdings nicht im dänischen Parlament (Folketing) vertreten. Jedoch besteht für die deutschsprachige Minderheit dort ein Kontaktausschuss, über den sie ihre Belange ins dänische Parlament einbringen kann.

3.1.7. Schule

Die deutschsprachige Minderheit hat ein voll ausgebautes Schulsystem vom Kindergarten bis zum Gymnasium (24 Kindergärten, Grund- und Hauptschulen, 4 Realschulen, 1 Gymnasium), einschließlich gesonderter Klassen für lernbehinderte Schüler. Deutsch ist durchgehend Unterrichtssprache, Dänisch dagegen nur Schulfach, und zwar von der 3. Klasse an. Über eine eigene Hochschule verfügt die deutschsprachige Minderheit wegen ihrer Kleinheit jedoch nicht.

3.1.8. Medien

Die deutschsprachige Minderheit verfügt über eine eigene Tageszeitung, den Nordschleswiger (Auflage 4.000). Wegen der Kleinheit der Minderheit verfügt sie aber über keine eigenen Radio- oder Fernsehprogramme. Sie kann jedoch leicht deutschsprachige Radio- und Fernsehsendungen aus dem benachbarten Deutschland empfangen.

3.1.9. Sprachwahl in der Öffentlichkeit

Bei öffentlichen Veranstaltungen über eigene Themen und Belange ist die Verwendung der deutschen Sprache normal. Dies gilt besonders für wissenschaftliche Konferenzen, die sich mit der deutschsprachigen Minderheit selber befassen.

3.2. In Belgien

3.2.1. Geschichte

Das oft als „Neubelgien“ bezeichnete Gebiet um die Städte Eupen und St. Vith fiel nach dem I. Weltkrieg aufgrund von Bestimmungen des Versailler Vertrags an Belgien, und zwar ohne wirkliche Volksabstimmung. Zuvor gehörte es, zusammen mit dem französischsprachigen Gebiet um Malmedy (ebenfalls „Neubelgien“), zum Deutschen Reich. Das gesamte Gebiet von Eupen, St. Vith und Malmedy war nach 1814 durch den auf dem Wiener Kongress ausgehandelten Friedensvertrag an Preußen und damit später ans Deutsche Reich gelangt. Während der Zeit der nationalsozialistischen Besetzung wurde das Gebiet von Deutschland annektiert, gelangte aber nach dem II. Weltkrieg wieder an Belgien (vgl. dazu und zum Weiteren Hinderdael/Nelde 1996).

3.2.2. Größe

Die deutschsprachige Minderheit im Gebiet von Eupen und St. Vith zählt rund 65.000 Personen, 1,1% der belgischen Bevölkerung.

3.2.3. Geschlossenheit der Ansiedlung

Das Gebiet der deutschsprachigen Minderheit ist zweigeteilt, mit den Städten Eupen und St. Vith als jeweiligem Zentrum. Jedes der beiden Gebiete weist jedoch eine geschlossene Ansiedlung Deutschsprachiger auf.

3.2.4. Anerkennung als Minderheit

Die deutschsprachige Minderheit um Eupen und St. Vith ist in Belgien offiziell anerkannt. Ihre Sprache ist sogar Amtssprache, ebenso Schulsprache in dem betreffenden Gebiet. Die Minderheit genießt als eigene „Gemeinschaft“ („deutschsprachige Gemeinschaft“) kulturelle Autonomie, neben der wallonischen Gemeinschaft (französischsprachig) und der flämischen Gemeinschaft (niederländischsprachig). Ihr Gebiet gehört allerdings zur Region Wallonien. (Belgien ist eingeteilt in die genannten drei Gemeinschaften sowie in drei Regionen: die flämische, die wallonische und Brüssel-Hauptstadt).

3.2.5. Zuordnung zur deutschen Sprache

An der Zuordnung der Sprache der deutschsprachigen Gemeinschaft zur deutschen Sprache besteht kein Zweifel. Meist wird eine dem Standarddeutschen nahe Varietät gesprochen, auch in der Privatsphäre. Die deutsche Standardvarietät Belgiens hat einige lexikalische Eigenheiten (vgl. Ammon 1995: 412-416). Ausgeprägtes Dialektsprechen – um Eupen Niederfränkisch, um St. Vith Ripuarisch – ist rückläufig. Die Zuordnung der Dialekte zur deutschen Sprache ist ebenfalls unbestritten.

3.2.6. Politische Vertretung

Die deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über ein eigenes Parlament, den „Rat der deutschsprachigen Gemeinschaft“, mit 25 direkt gewählten Abgeordneten. Er regelt die Belange der Gemeinschaft im Sinne der seit 1970 bestehenden und 1980 erweiterten Kulturautonomie. Die eigentliche Regierung wird gebildet von 3 Ministern. In den eigenen Zuständigkeitsbereichen fallen neben Unterrichts- und Medienpolitik einschließlich eigener Kulturpolitik im Ausland auch soziale Angelegenheiten wie Gesundheits- und Jugendpolitik.

3.2.7. Schule

Im ganzen Gebiet der deutschsprachigen Gemeinschaft ist Deutsch offiziell einzige Unterrichtssprache an den Schulen. Französisch wird jedoch subsidiär verwendet und ist erste Fremdsprache. Es existiert ein voll entwickeltes Schulsystem vom Kindergarten bis zum Abschluss des Gymnasiums. Am Gymnasium findet – gegen die geltenden Bestimmungen – in nicht unbeträchtlichem Umfang Unterricht auf Französisch statt. Über eine eigene Hochschule verfügt die deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien nicht.

3.2.8. Medien

Die deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über eine eigene Tageszeitung, das Grenzecho mit einer Auflage von 12.000. Außerdem gibt es in Eupen seit 1960 einen eigenständigen deutschsprachigen Rundfunk am „Belgischen Rundfunk- und Fernsehzentrum (BRF)“, der seit 1977 ganztätig sendet. Hinzu kommt rund ein halbes Dutzend privater Radiosender. Entgegen dem Namen des BRF gibt es

allerdings bislang kein eigenes deutschsprachiges Fernsehen; jedoch ist der Empfang von Fernseh- und Radiosendungen aus Deutschland leicht möglich.

3.2.9. Sprachwahl in der Öffentlichkeit

In der Öffentlichkeit wird in der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien selbstverständlich Deutsch gesprochen, natürlich auch im eigenen Parlament.

3.3. In Italien

3.3.1. Geschichte

Das deutschsprachige Gebiet in Norditalien: Südtirol, gelangte nach dem I. Weltkrieg in italienischen Besitz aufgrund eines Geheimvertrags zwischen Italien und den Alliierten aus dem Jahr 1915. Zuvor hatte dieses Gebiet fast 600 Jahre zu Österreich gehört, abgesehen von einem kurzzeitigen Anschluss an Bayern zur Zeit Napoleons. Die Zugehörigkeit zu Italien wurde in einem Vertrag zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland, das sich Österreich einverleibt hatte, und dem faschistischen Italien 1939 besiegelt. Allerdings wurde die Zusatzbestimmung des Vertrags, nach der sich die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols entscheiden sollte zwischen dem Verbleib um den Preis sprachlicher und kultureller Assimilation oder der Auswanderung ins Deutsche Reich, wegen der Kriegswirren nicht mehr durchgeführt (vgl. dazu und zum Weiteren Eichinger 1996).

3.3.2. Größe

Die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols zählt ungefähr 288.000 Personen und damit knapp über zwei Drittel der Einwohner der norditalienischen Provinz Bozen.

3.3.3. Geschlossenheit der Ansiedlung

Die deutschsprachige Bevölkerung in der Provinz Bozen bewohnt zwar ein geschlossenes Gebiet, das jedoch zu rund einem Drittel auch von italienischsprachigen Bewohnern besiedelt ist. Sie wurden vom italienischen Staat in den Jahren nach der Übernahme des Gebiets

gezielt angesiedelt, um die deutschsprachige Bevölkerung sprachlich und kulturell zu minorisieren und evntl. zu assimilieren.

3.3.4. Anerkennung als Minderheit

Heute ist die deutschsprachige Minderheit nicht nur als solche anerkannt, sondern Deutsch ist staatliche Amtssprache in der Provinz Südtirol, neben Italienisch. Darüber hinaus sind im sogenannten „Autonomiestatut“ von 1972 der deutschsprachigen Bevölkerung weitgehende Rechte garantiert. Dazu gehört auch der Proporz bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst, d.h. deren Vergabe proportional zur Zahlenstärke des deutsch- und italienischsprachigen Bevölkerungsteils. Die Zugehörigkeit zur deutschen oder italienischen Sprachgruppe bestimmt sich nach dem Bekenntnisprinzip (nicht dem Feststellungsprinzip).

3.3.5. Zuordnung zur deutschen Sprache

An der Zuordnung der Sprachgruppe zur deutschen Sprache besteht keinerlei Zweifel. Dies gilt ebenso für den häuslichen Dialekt: überwiegend Bairisch (Südbairisch), im Westen mit Übergängen zum Alemannischen. Die deutsche Standardvarietät in Südtirol hat einige, hauptsächlich lexikalische Besonderheiten (vgl. Ammon 1995: 405-411).

3.3.6. Politische Vertretung

Die Provinz Bozen verfügt über ein eigenes Parlament, den „Südtiroler Landtag“, in dem die deutschsprachige Bevölkerung durch eine eigene Partei, die „Südtiroler Volkspartei (SVP)“, vertreten ist. Sie hat mit großer Beständigkeit die Mehrheit im Landtag und konnte bislang stets mehr als 90% der Stimmen der deutschsprachigen Bevölkerung auf sich vereinigen. Die Südtiroler Regierung entscheidet über kulturelle Fragen im weitesten Sinn, wozu auch die Pflege kultureller Beziehungen zu den benachbarten deutschsprachigen Ländern, insbesondere zu Österreich, gehört.

3.3.7. Schule

Die deutschsprachige Bevölkerung in der Provinz Bozen hat, ebenso wie die italienischsprachige, eigene Schulen, in denen nur die eigene

Sprache Unterrichtssprache ist. Jedoch ist in den deutschsprachigen Schulen Italienisch erste Fremdsprache; in den italienischsprachigen Schulen ist es umgekehrt Deutsch. Seit dem Jahr 1998 existiert auch eine Universität in Bozen, die noch im Aufbau begriffen ist, mit Deutsch und Italienisch als Sprachen der Lehre.

3.3.8. Medien

In der Provinz Bozen gibt es eine deutschsprachige Tageszeitung, „Die Dolomiten“ (Auflage ca. 40.000). Daneben existieren diverse speziellere Organe wie der „Volksbote“ (Südtiroler Volkspartei, Auflage 11.000), „Katholisches Sonntagsblatt“ (Katholische Kirche, Auflage 25.000) oder die „Südtiroler Wirtschaftszeitung“ (Auflage 4.000). Außerdem verfügt die Provinz über eine eigenständige „Rundfunkanstalt für Südtirol (RAS)“ für Radio und Fernsehen, die nicht zuletzt zahlreiche aus Österreich und Deutschland (vor allem vom ORF und ZDF) übernommene Fernsehprogramme ausstrahlt. Außerdem gibt es eine größere Zahl privater deutschsprachiger Radiosender.

3.3.9. Sprachwahl in der Öffentlichkeit

In öffentlichen Veranstaltungen des deutschsprachigen Bevölkerungsteils wird in der Provinz Bozen selbstverständlich Deutsch gesprochen.

IV. Unterschiede zwischen den drei skizzierten Minderheiten und dem Elsass

Alle Angaben zur Zahl der Personen im Elsass, die den elsässischen Dialekt oder das Standarddeutsche verstehen oder sprechen können, sind – wie Kenner wissen – mit größter Vorsicht zu genießen (vgl. für die folgende Bemerkung Harnisch 1996; Hartweg 1988; Bister-Broosen 1998). Man darf jedoch zumindest annehmen, dass die Zahl der Elsässer, die elsässischen Dialekt verstehen, größer ist als jede der drei oben skizzierten deutschsprachigen Minderheiten. Vermutlich ist es auch die Zahl der Elsässer, die elsässischen Dialekt sprechen können. Mutmaßlich übertrifft sogar die Zahl der Elsässer, die Standarddeutsch verstehen, wenn nicht sogar derjenigen, die es

sprechen, die Gesamtgröße der Minderheiten zumindest in Belgien und Dänemark. Außerdem ist das Siedlungsgebiet der Sprecher elsässischen Dialekts verhältnismäßig geschlossen, zumindest geschlossener als das der deutschsprachigen Minderheit in Dänemark. Die Geschichte des Elsass gleicht in wichtigen Punkten derjenigen der drei beschriebenen deutschsprachigen Minderheiten. Dies gilt besonders für die wechselnde staatliche Zugehörigkeit, speziell die zeitweilige Zugehörigkeit zu einem mehrheitlich und amtlich deutschsprachigen Staat (Deutschland bzw. Österreich).

Trotz dieser teilweise übereinstimmenden Bedingungen und in mancher Hinsicht besseren Voraussetzungen für den Spracherhalt ist die Assimilation der Elsässer an die Mehrheitssprache, das Französische, viel weiter vorangeschritten als in den drei obigen Minderheiten. Dies zeigt sich schon bei den Schwierigkeiten der Angabe von Sprecherzahlen. Die Abgrenzung zwischen wirklichen Sprechern, Halbsprechern und Nichtmehr-Sprechern wird zum diffizilen Methodenproblem. Man könnte sich behelfsmäßig auf die Selbsteinschätzung befragter Informanten stützen. Dies entspräche bis zu einem gewissen Grad dem in den übrigen Minderheiten geltenden Bekenntnisprinzip (im Gegensatz zum Feststellungsprinzip). Allerdings würde einem solchen Bekenntnis – anders als bei den drei anderen Minderheiten – jeglicher politische Sinn fehlen. Es gibt nämlich keine offizielle Anerkennung der Sprecher des elsässischen Dialekts als sprachliche Minderheit seitens des französischen Staates. Zwar nimmt Frankreich noch keine Sonderstellung ein, weil es die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen nicht ratifiziert hat; auch Italien und Belgien haben dies noch nicht getan; jedoch liegt dies nach telefonischer Auskunft des Generalsekretärs von EBLUL, Markus Warasin, an der Langsamkeit des politischen Entscheidungsprozesses in diesen beiden Ländern. Dagegen hat Frankreich die Charta ausdrücklich als unvereinbar mit seiner Verfassung erklärt (Conseil Constitutionnel, 15. Juni 1999). Zugleich hat es seine Verfassung mit einem Zusatzartikel versehen, der Französisch zur Staatssprache erklärt, was so zu verstehen ist, dass es keine andere, auch keine regionale Amtssprache in Frankreich geben darf.

Außerdem hat es im Elsass – anders als bei den drei oben beschriebenen Minderheiten – nachhaltige, vom Mehrheitsstaat unterstützte oder betriebene Versuche gegeben, die Verbindung zwischen dem örtlichen Dialekt und der deutschen Sprache zu zerschneiden. Beredter Ausdruck dafür ist dessen terminologische Autonomisierung als „le dialecte“, mit geflissentlichem Verzicht auf ein sprachzuordnendes Adjektiv, oder als „l’alsacien“, was ihn als eigenständige Sprache erscheinen lässt. Verklausulierter ist dieser Versuch, den Zusammenhang mit der deutschen Sprache zu zerschneiden, in gängigen Umschreibungen wie „das Elsässische ist ein Dialekt, dessen nächstverwandte Kultursprache (oder Hochsprache) das Deutsche ist“. Da die Trennung von der deutschen Sprache nicht einhergeht mit dem Ausbau und der Standardisierung des elsässischen Dialekts, die wegen seiner linguistischen Diversifiziertheit (Rheinfränkisch, Nieder- und Hochalemannisch) auch schwierig wäre, leistet sie seinem Schwund Vorschub, wie er allenthalben typisch ist für „dachlose Dialekte“. Diese bedürfen zur Erhaltung entweder eines stabilen Daches in Form einer linguistisch nahestehenden Standardvarietät oder müssen selbst ausgebaut und standardisiert werden. Letzteres setzt die Aufwertung ihres Status und ihrer Funktion voraus, in der Regel ihre Annerkennung als Amtssprache.

Es bedarf nach dem Gesagten kaum mehr des Hinweises, dass die Sprecher des elsässischen Dialekts – im Gegensatz zu den drei obigen Minderheiten – keine eigene politische Vertretung haben. Sie haben außerdem keine eigenen Schulen, in denen ihre Sprache – elsässischer Dialekt oder Deutsch – vorrangige Unterrichtssprache wäre.

Im seit 1991 allmählich aufkommenden bilingualen Unterricht in Kindergärten und Grundschulen ist Deutsch Unterrichtssprache neben Französisch. Allerdings wurde dieser Unterricht erst eingeführt, nachdem die sonstigen sprachpolitischen Maßnahmen die Deutschkenntnisse in der Bevölkerung nachhaltig beeinträchtigt hatten. Für den deutschsprachigen Teil dieses Unterrichts könnte es sich lohnen, anzuknüpfen an kontrastiven Ansätzen zur Vermittlung des

Standarddeutschen für Dialektsprecher, wie sie in den 70er Jahren in Deutschland entwickelt wurden (vgl. z.B. Hasselberg/ Wegera 1976; Zehetner 1977; Besch/ Löffler 1977; Ammon/ Loewer 1977). Da jetzt der bilinguale Unterricht Französisch – Deutsch gefestigt und schließlich bis zum Abschluss des Gymnasiums durchgeführt wird, gibt es in diesem Punkt durchaus eine gewisse Ähnlichkeit der Verhältnisse im Elsass mit denen der drei obigen deutschsprachigen Minderheiten. Der bilinguale Zweig führt kontinuierlich bis zum *baccalauréat* (*Abi-bac*).

Die Ausstattung mit eigensprachlichen Medien ist im Elsass im Verhältnis zur Sprecherzahl besonders beschränkt. Vor allem gibt es in keiner der drei anderen Minderheiten gesetzliche Einschränkungen der Verwendung der deutschen Sprache, wie sie im Elsass für Zeitungen bestehen, die höchsten zu 75% deutschsprachig sein dürfen und bei denen die deutsche Sprache für bestimmte Textsorten nicht zugelassen ist (Werbung, standesamtliche Nachrichten, private Kleinanzeigen, Sportteil, für die Jugend bestimmte Artikel). Die Verbannung der deutschen Sprache aus den Textsorten gerade des privaten Bereichs ist Teil der Abtrennung des elsässischen Dialekts, der am ehesten in diesem Bereich verwendet wird, von der deutschen Sprache. Auffällig ist zudem die Nicht-Verwendung der deutschen Sprache, wie aufgrund seines soziolinguistischen Status auch des Dialekts, in der Öffentlichkeit. Selbst auf Konferenzen, die sich mit dem elsässischen Dialekt oder mit germanistischen Themen befassen, wird im Elsaß von einheimischen Beiträgern nicht selten Französisch bevorzugt. Offenbar ist dies eine Norm, gegen die man nicht gerne verstößt.

V. Schwierigkeit des Spracherhalts im Elsass : eine bislang unbeachtete, zusätzliche Erklärung.

Die bisherigen Erklärungen für die Nicht-Erhaltung des elsässischen Dialekts und der deutschen Sprache im Elsass ranken sich vor allem um die folgenden Faktorenkomplexe:

Die zentralstaatliche Sprachenpolitik Frankreichs, die außerhalb des Unterrichts keine Minderheitssprachen zulässt.

Die jakobinische Tradition Frankreichs, die trotz Begründung der Nation als Verfassungsstaat sprachliche und nationale Zuordnung eng miteinander verbindet.

Die Tatsache, dass das Elsass die Herausbildung des Nationalstaates im Zeichen der französischen Sprache erfuhr, die für sie dadurch zu einem starken Symbol der nationalen Zugehörigkeit und des individuellen Erfolgs in Schule, Beruf und Leben geworden ist.

Das Trauma des Nationalsozialismus, das vielfältige Möglichkeiten der Anspielung bietet, durch die sich jegliche Förderung der deutschen Sprache im Elsass diskreditieren lässt.

Diese Gründe werden in verschiedenen Zusammenhängen unterschiedlich formuliert und aufeinander bezogen. Sie sind zweifellos allesamt ernst zu nehmen. Der Hinweis auf ihre mangelnde Gewichtung bei Erklärungsversuchen und auf die Möglichkeit weiterer Gründe ist trivial. Interessant erscheint mir dagegen die Spezifizierung weiterer Gründe. Ich möchte abschließend einen weiteren Ursachenkomplex skizzieren, der die Förderung der deutschen Sprache im Elsass bisher vielleicht zusätzlich erschwert hat, aber in Zukunft womöglich umgekehrt wirkt, in Richtung der Stabilisierung einer solchen Förderung.

Dieser Ursachenkomplex hängt zusammen mit der Europäischen Union (EU). Im Zuge ihrer Entwicklung nimmt die Macht ihrer Mitgliedstaaten ab, auch in der von Frankreich gewünschten EU der Vaterländer, mehr allerdings noch in der von Deutschland befürworteten Föderation. Auch die extreme Betonung der Autonomie von Nationalstaaten, wie sie etwa der Kampfschrift Robert Grossmanns (1999) gegen die deutsche Sprache im Elsass zu Grunde liegt, schützt nicht vor Machtverlust der Mitgliedsstaaten gegenüber der EU. Dieser folgt schon daraus, dass EU-Recht zugleich Recht in den Mitgliedsstaaten wird. Bei einer solchen Entwicklung verliert die staatliche Zugehörigkeit von Personen an Bedeutung. Mit der Zeit wird dann auch die Sorge um die Loyalität der elsässischen Bevölkerung gegenüber der französischen Nation oder dem französischen Staat, wenn sie neben Französisch mehr Elsässisch oder Deutsch spricht, obsolet. Sie passt immer weniger in eine Zeit uneingeschränkter Mobilität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten.

Allerdings bleibt die EU auf absehbare Zeit in verschiedener Hinsicht heterogen, im Vergleich etwa zu den USA. Wo die staatlichen Unterschiede an Gewicht verlieren, nimmt die Bedeutung anderer Gliederungen womöglich zu. Ein Beispiel sind die Regionen, deren wachsende Bedeutung viel diskutiert wird. Weniger beachtet, aber vielleicht nicht weniger bedeutsam ist die Gliederung in Sprachgemeinschaften: Gruppen und Territorien gleicher Muttersprache oder Erstsprache. Bisweilen werden die Sprachgemeinschaften unter die Regionen subsumiert oder die Regionen sogar einfach im Sinne von Sprachgemeinschaften verstanden. Es dient jedoch der Klarheit, beide Gliederungsebenen auseinander zu halten. Der Unterschied wird daran deutlich, dass eine Region – im Gegensatz zu einer Sprachgemeinschaft – nicht zwingend im Sinne gleicher Mutter- oder Erstsprache verstanden werden muss, sondern sprachlich auch durch eine Lingua franca zusammengehalten werden kann. Auch die Interessen von in Regionen oder Sprachgemeinschaften gegliederten Menschengruppen sind nicht strikt identisch.

Ich möchte bei den Interessen von in Sprachgemeinschaften gegliederten Menschengruppen ansetzen, um mögliche, bislang latente Widerstände gegen den Erhalt des Dialekts oder die Förderung des Deutschlernens im Elsass zu thematisieren. Abram de Swaan (1998: 70 f.) hat begründet, warum jede Sprachgemeinschaft ein gewissermaßen natürliches Interesse an der Verbreitung der eigenen Sprache hat. Er stützt sich dafür auf die Unterscheidung verschiedener Arten von Gütern, wobei er die Sprache den von ihm so genannten „hyperkollektiven Gütern“ zuordnet. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht nur – wie „kollektive Güter“ (z.B. Luft) – frei verfügbar sind, sondern ihre Besitzer sogar ein Interesse daran haben, dass möglichst viele Personen sie sich aneignen und sie nutzen. Dadurch erhöht sich nämlich ihr Gebrauchswert. Bei Sprachen speziell erhöht sich das Kommunikationspotential Hand in Hand mit der Zahl der Personen, die sie lernen und sprechen (vgl. dazu und zum Interesse von Sprachgemeinschaften an der Verbreitung ihrer Sprache auch Ammon 2000: 140-143).

Damit zeichnen sich die verschiedenen Sprachgemeinschaften der EU als spezielle Interessengruppen ab, deren Bedeutung im Zuge des Machtverlustes der Mitgliedsstaaten wachsen könnte, mag dies auch von Politikern oft übersehen oder im Bemühen um Konfliktvermeidung verschwiegen oder heruntergespielt werden. Das Interesse der großen Sprachgemeinschaften, zu denen insbesondere die französische und die deutsche Sprachgemeinschaft gehören, richtet sich in diesem Zusammenhang nicht zuletzt auf die Stellung ihrer Sprachen in den EU-Institutionen, speziell auf ihre Rolle als Arbeitssprachen dieser Institutionen. Die Arbeitssprachen der EU-Institutionen sind im Grunde die Regierungssprachen der EU. Es liegt auf der Hand, dass sie zukünftig auch als Fremdsprachen attraktiver sind als andere Sprachen und sich eher verbreiten. Daher ist es nicht erstaunlich, dass es um die EU-Arbeitssprachen immer wieder Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedsstaaten gibt.

Dabei ist das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland besonders schwierig und seine Gestaltung für die Zukunft beider Sprachen vermutlich besonders folgenreich (vgl. zur detaillierten Darstellung Ammon im Druck). Es war bisher mehr vom Gegeneinander als vom Miteinander Frankreichs und Deutschlands bestimmt. Unter solchen Umständen besteht von französischer Seite kaum Interesse an der Förderung der deutschen Sprache oder auch nur des elsässischen Dialekts im Elsass und damit auch nicht am bilingualen Unterricht. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass für Frankreich eine starke Stellung des Französischen als EU-Arbeitssprache schon lange ein wichtiges sprachenpolitisches Ziel ist. Dies verraten z.B. die sprachenpolitischen Begleitumstände der Aufnahme Großbritanniens und Irlands in die EU im Jahr 1973. Damals bestand der französische Präsident Pompidou auf der Zusage des britischen Ministerpräsidenten Heath, dass alle britischen EU-Beamten über Französischkenntnisse verfügen müssten. Indes zeichnet sich in letzter Zeit ab, dass Französisch trotz jener Vorsorge als EU-Arbeitssprache verdrängt werden und am Ende allein Englisch in dieser Funktion übrig bleiben könnte. Deutsch spielt seit je nur eine

marginale Rolle als EU-Arbeitssprache, hat allerdings ausdrücklich diesen Status bei der Kommission, neben Englisch und Französisch.

Einschlägige Erfahrungen der Verdrängung von Französisch durch Englisch haben die französische Regierung jüngst bewogen, sich mit der Regierung Deutschlands in EU-Sprachenfragen abzustimmen. Im Juni 2000 haben die damaligen Außenminister beider Länder, H.Védrine und J. Fischer, eine „Gemeinsame deutsch-französische Sprachenweisung“ beschlossen, die beinhaltet, dass sich beide Länder gegenseitig unterstützen, wenn ihre Sprachen als EU-Arbeitssprachen unangemessen vernachlässigt werden. Eine Kooperation dieser Art könnte sich auch für Französisch langfristig als die einzige Möglichkeit erweisen, als EU-Arbeitssprachen und damit als Regierungssprache der EU fortzubestehen, nicht nur für Deutsch. Würde Deutsch mangels Unterstützung von französischer Seite als EU-Arbeitssprache verdrängt, so dürften sich Deutschland und Österreich der englischen Sprache zuwenden, was vermutlich die Verdrängung auch der französischen Sprache zur Folge hätte. Für Frankreich gilt umgekehrt das Entsprechende bezüglich Deutsch.

Die Zusammenarbeit in sprachenpolitischen Fragen könnte auch an der deutsch-französischen Grenze stattfinden. Deutschland ist hier Frankreich in letzter Zeit entgegen gekommen: Das Saarland hat im Frühjahr 2003 Französisch sogar zur zweiten Amtssprache erhoben, und Baden-Württemberg führt entlang der Rheinschiene Französisch statt Englisch als erste Fremdsprache an den Grundschulen ein, gegen den Willen vieler Eltern. Der bilinguale Unterricht Französisch – Deutsch im Elsass bildet dazu das angemessene Komplement auf Seiten Frankreichs. An die Stelle der Konkurrenz um die EU-Arbeitssprachen mag künftig die Notwendigkeit sprachenpolitischer Zusammenarbeit treten. Damit würde sich ein bisheriger, wenngleich latenter, möglicher Grund für die restriktive Haltung der französischen Regierung gegenüber der deutschen Sprache und dem elsässischen Dialekt ins Gegenteil verkehren, was der deutschen Sprache und dem elsässischen Dialekt, und damit der Zweisprachigkeit der elsässischen Bevölkerung, zugute kommen könnte.

Zitierte Literatur

- Ammon, Ulrich (1991) Die internationale Stellung der deutschen Sprache. Berlin/New York: de Gruyter.
- Ammon, Ulrich (1995) Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Das Problem der nationalen Varietäten. Berlin/New York: de Gruyter.
- Ammon, Ulrich (2000) Auf welchen Interessen beruht Sprachförderungs politik? Ansätze einer erklärenden Theorie. In Ammon, Ulrich (Hg.) Sprachförderung. Schlüssel auswärtiger Kulturpolitik. Frankfurt a. M.: Peter Lang, 135-150.
- Ammon, Ulrich (im Druck) Sprachenpolitik in Europa – unter dem vorrangigen Aspekt von Deutsch als Fremdsprache. Deutsch als Fremdsprache.
- Ammon, Ulrich/ Loewer, Uwe (1977) Schwäbisch (Dialekt/ Hochsprache – kontrastiv 4). Düsseldorf: Schwann.
- Besch, Werner/Löffler, Heinrich (1977) Alemannisch (Dialekt/ Hochsprache – kontrastiv 3). Düsseldorf: Schwann.
- Bister-Broosen, Helga (1998) Sprachkontakte und Sprachattitüden Jugendlicher im Elsaß und in Baden. Vergleichende soziolinguistische Untersuchungen in Colmar (Frankreich) und in Freiburg und Müllheim (Deutschland). Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Eichinger, Ludwig M. (1996) Südtirol. In Hinderling, Robert/ Eichinger, Ludwig M. (Hgg.). Handbuch der mitteleuropäischen Minderheiten. Tübingen: Narr, 199-262.
- Grossmann, Robert (1999) Main basse sur ma langue. Mini Sproch heisst Freiheit. Strasbourg: Éditions La Nuée Bleue.
- Harnisch, Rüdiger (1996) Das Elsass. In Hinderling/ Eichinger, 413-457.
- Hartweg, Frédéric (1988) L'alsacien. Un dialecte allemand tabou. In Vermes, Geneviève (Hg.) Vingt-cinq communautés linguistiques de la France. Tome premier: Langues régionales et langues non territorialisées. Paris: L'Harmattan, 33-86.
- Hasselberg, Joachim/ Wegera, Klaus-Peter (1976) Hessisch (Dialekt/ Hochsprache – kontrastiv 1). Düsseldorf: Schwann.
- Hinderdael, Michael/ Nelde, Peter (1996) Deutschbelgien. In Hinderling/ Eichinger, 479-495.
- Pedersen, Karen Margrethe (1996) Die deutsche Minderheit in Dänemark und die dänische Minderheit in Deutschland. In Hinderling/ Eichinger, 31-59.
- De Swaan, Abram (1998) A Political Sociology of the World Language System (1): The Dynamics of Language Spread. Language Problems and Language Planning 22 (1): 63-75.
- Zehetner, Ludwig G. (1977) Bairisch (Dialekt/ Hochsprache – kontrastiv 2). Düsseldorf: Schwan

Die deutsche Sprache

und das deutschsprachige Schulwesen in Rumänien

Heinrich J. DINGELDEIN (
Universität Marburg und Sibiu/Hermannstadt)

Unter den Ländern Europas mit einer deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe und einem deutschsprachigen Schulwesen nimmt Rumänien einen besonderen Platz ein. In diesem Land vollzog sich einerseits nach der politischen Wende 1989/1990 ein Massenexodus der deutschstämmigen Bevölkerung, andererseits kann aber weiterhin auf ein in Umfang und Qualität stabiles deutschsprachiges Unterrichtssystem mit eher steigender als fallender Nachfrage verwiesen werden. Wie ist dieser Sachverhalt zu erklären, was sind die Hintergründe dieses auf den ersten Blick widersprüchlichen Faktums? Wie bei vielen sprachpolitisch interessanten Prozessen sind die Ursachen in der Geschichte zu finden.

I. Geschichte der Deutschen und der deutschen Sprache in Rumänien

Die Geschichte der Deutschen und der deutschen Sprache im Gebiet des heutigen Rumäniens reicht mehr als 800 Jahre zurück¹. Im 12. Jahrhundert rief der ungarische König Geiza II. (1141-1162) Siedler aus dem westlichen deutschen Sprachgebiet zum Schutz der Krone in den Karpatenbogen in die Gegend der heutigen Stadt Hermannstadt (rum. Sibiu, ung. Nagyszeben) in Siebenbürgen (Transsilvanien). 1211 wurde von König Andreas II. der Deutsche Orden ins Land geholt, um in der Gegend des heutigen Kronstadt (Braşov, Brassó) Fuß zu fassen, er wurde aber, nachdem er versucht hatte, unter der Hoheit des Papstes ein eigenes politisches Gebilde zu errichten, schon nach wenigen Jahren wieder vertrieben. In dieser Zeit wurde das deutsche Siedlungsgebiet in Siebenbürgen nach Osten erweitert. Ein drittes Gebiet im Norden um die Stadt Bistritz (rum. Bistriţa, ung. Beszterce)

¹ Vgl. zum Folgenden *Wagner (1990)*.

ist ungefähr gleichzeitig entstanden. König Andreas II. stattete 1224 in einem Freibrief die Siedler, „Sachsen“ genannt, mit dem besonderen Schutz der ungarischen Krone aus. Bis zum Jahr 1867, als Ungarn innerhalb der habsburgischen Doppelmonarchie souverän wurde, erfreuten sich die Sachsen zusammen mit dem ungarischen Adel und der ungarischsprachigen Volksgruppe der Sekler garantierter Freiheiten, die sich auch nach der Eroberung der ungarischen Tiefebene durch die Türken 1526 aufrecht erhalten ließ: Der siebenbürgische Landtag hatte 1542 die osmanische Oberhoheit anerkannt.

Ein kultureller Einschnitt, der die Bindungen der Deutschsprachigen Siebenbürgens an Mitteleuropa weiter festigte, war die Durchsetzung der Reformation in Siebenbürgen durch Johannes Honterus im Jahr 1543. Die Sachsen wurden lutherisch. In Siebenbürgen entstand so über Jahrhunderte ein lebendiger Kulturraum, in dem das komplexe soziale Gefüge der Sachsen mit städtischem Bürgertum, Akademikern, einer differenzierten Handwerkerschaft und einer starken bäuerlichen Bevölkerung in Kontakt und im Austausch mit den anderen Nationalitäten dieses Raums, den Ungarischsprachigen und den Rumänen, beeindruckende Leistungen vollbrachte. Es entstand eine eigene literarische Tradition, Druckereien wurden gegründet, und die Entwicklung der neuhochdeutschen Schriftsprache vollzog sich in Siebenbürgen parallel zur Entwicklung im binnendeutschen Bereich. Das gegliederte Schulwesen der Sachsen mit anerkannten weiterführenden Schulen hatte immer mitteleuropäischen Standard. Es konnte unter evangelisch-kirchlichem Schutz trotz erheblicher Schwierigkeiten auch aufrecht erhalten werden, als nach 1867 eine rigide Madjarisierungspolitik die alten Strukturen der kulturellen Souveränität in Frage stellte.

Eine zweite Ansiedlungswelle von Deutschen fand im ausgehenden 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts statt, als nach der Niederlage der Türken und der Befreiung Ofens (heute Teil Budapests) 1687 die nahezu menschenleeren Gebiete des Banats und der Sathmarer Gegend – ebenso wie die Batschka im heutigen Serbien und die sogenannte „Schwäbische Türkei“ im südlichen heutigen Ungarn – mit vornehmlich katholischen deutschen Siedlern, Schwaben genannt,

bevölkert wurden.² Im Gegensatz zu den Sachsen bildeten allerdings die Schwaben keine politisch verfasste Gemeinschaft³.

Als nach dem Ersten Weltkrieg das Banat, Siebenbürgen und Sathmar von Ungarn sowie die Bukowina von Österreich und Bessarabien von Russland, auch dies Gebiete mit deutschen Bevölkerungsanteilen, an Rumänien gefallen waren,⁴ betrug die Anzahl der Deutschen in Rumänien inklusive der erst im 19. Jahrhundert angesiedelten Deutschen in der Dobrudscha und der ca. 40 000 Deutschen in Bukarest und in „Altrumänien“ mehr als 800 000. Hinzu kamen nochmals mehrere 10 000 Juden mit deutscher Mutter- oder Bildungssprache. – Die Schwaben im Banat entwickelten jetzt ein den Sachsen vergleichbares Schulsystem, das ihnen unter der ungarischen Herrschaft verwehrt worden war. Die Deutschen in Rumänien beherrschten so wegen ihrer Schulbildung durchweg neben ihren jeweiligen Mundarten, die in Siebenbürgen westmitteldeutsch-moselfränkischen Charakter haben⁵, im Banat im wesentlichen mitteldeutsch-rheinfränkisch und oberdeutsch-ostfränkischen geprägt sind, aber auch oberdeutsch-schwäbische und -bairische Orte umfassen, die deutsche Standardsprache, zumindest in ihrer schriftlichen Form⁶.

Mit dem deutschsprachigen Schulwesen und den daraus resultierenden akademischen Verbindungen in den mitteleuropäischen Raum hinein waren die Deutschen Rumäniens ein wesentliches und von den Rumänen hochgeschätztes Bindeglied zu den entwickelteren Ländern Europas. Das höhere deutschsprachige Schulwesen war schon immer auch von Rumänen und Angehörigen anderer Nationalitäten in Anspruch genommen worden.

² Näheres s. *Marin (1980)*

³ Erwähnt sei noch die Landler, die im 18. Jahrhundert unter den katholischen Herrschern Karl VI. und Maria Theresia als Protestanten aus der Steiermark, Kärnten und dem heutigen Oberösterreich nach Siebenbürgen „transmigriert“ wurden und sich in den Gemeinden Neppendorf (Turnișor), Großbau (Cristian) und Großpold (Apoldu de Sus) ansiedelten. Sie sprechen bairischen Mundarten. Vgl. *Die Siebenbürgischen Landler (2002)*.

⁴ Vgl. *Völkl (1995)*, insbes. S. 82 ff.

⁵ Vgl. *Scheiner (1896)*.

⁶ Vgl. *Wolf (1987)*.

II. Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Im Gegensatz zu allen anderen Staaten des mittleren und südlichen Osteuropas verfolgte Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg – von anfänglichen Zwangsmaßnahmen unmittelbar nach Kriegsende abgesehen – eine relativ tolerante Politik der deutschen Minderheit gegenüber; im Vergleich mit den früheren Rechten und Möglichkeiten wurde sie von den Betroffenen allerdings doch als einschränkend empfunden⁷. So gab es aus Rumänien zwar keine Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen wie in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei⁸, die „sozialistische“ Umgestaltung des Landes führte jedoch zu Enteignungen, und das Schulwesen wurde unter den ideologischen Vorzeichen des Sozialismus streng dem Staat unterstellt. An eine wie auch immer geartete verfasste Autonomie war natürlich jetzt noch weniger als im Zwischenkriegs-Rumänien zu denken.

Die Zahl der in Rumänien verbliebenen Deutschen dürfte in den 1950er Jahren, als ein deutschsprachiges Schulwesen wieder aufgerichtet worden war, etwa 350 000 betragen haben, eine knappe Hälfte davon jeweils in Siebenbürgen und dem Banat, der Rest in Sathmar und in sonstigen Landesteilen.

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1967 wurden seit den 1970er Jahren zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien Abkommen zur Familienzusammenführung getroffen, die über zwei Jahrzehnte zu einer allmählichen Abwanderung immer mehr Rumäniendeutscher nach Deutschland führten. Nach der amtlichen Statistik sind in den Jahren 1950 bis 1986 insgesamt 192 041 Deutsche in die Bundesrepublik ausgesiedelt, darunter allein im letzten Jahrzehnt 133 650. Bis zur politischen Wende zum Jahreswechsel 1989/1990 verließen so ca. 40 Prozent aller Rumäniendeutschen das Land. Im Jahr 1990, unmittelbar nach der politischen Wende, kam es dann zu einer Massenauswanderung nach Deutschland in einem vorher nicht gekannten Umfang. Innerhalb eines Jahres wanderte die Hälfte der

⁷ S. zum Folgenden *Völkl (1995)*, S. 162 ff., und *Wagner (1990)*, S. 80 ff.

⁸ 1944 wurden die Deutschen Nordsiebenbürgens, das 1940 an Ungarn gefallen war evakuiert. Die Deutschen Bessarabiens und der Bukowina – beide Landesteile fielen nach dem Hitler-Stalin-Abkommen an die Sowjetunion – und der Dobrudscha waren schon 1940 umgesiedelt worden. Vgl. *Jachomowski (1984)*.

noch verbliebenen Deutschen aus, und bis zum heutigen Tag ist die Abwanderung noch nicht zum Stillstand gekommen. Im gegenwärtigen Jahr 2003, dürften in Rumänien nur noch knapp 60 000 Angehörige der deutschen Nationalität leben – mit weiter abnehmender Tendenz.

Gleichwohl genießt die deutsche Minderheit ausgeprägte Schutzrechte, die denen der mehr als 1,5 Millionen zählenden ungarischen Nationalität in Rumänien in nichts nachstehen. Das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) als politische Vertretung ist im Parlament repräsentiert und stellt einen Staatssekretär in der Regierung. Vorsitzender des Forums ist der mit zwei Dritteln der Stimmen direkt gewählte Oberbürgermeister der Stadt Hermannstadt/Sibiu, Klaus Johannis. Hermannstadt hat unter seinen ca. 180 000 Einwohnern nur noch ca. 2000 Deutsche, vor 1990 waren es noch mehr als 20 000.

Neben dem DFDR nimmt für den evangelischen Bevölkerungsanteil (knapp ein Drittel) die Evangelische Kirche Augsburgischer Bekenntnisses in Rumänien mit ihrem Bischof D. Dr. Christoph Klein viele Aufgaben zur Aufrechterhaltung einer deutschsprachigen kulturellen Infrastruktur wahr. Sie folgt damit ihrer Tradition als kultureller Rechtswahrerin der Siebenbürger Sachsen unter allen Oberherrschaften seit der Reformation, von der Zeit des Kommunismus vielleicht abgesehen.

Als ein Zeichen, dass Rumänien weiterhin das deutsche Element als zur siebenbürgischen und Banater Region gehörig einschätzt, darf auch die Tatsache gelten, dass – im Gegensatz zu den kommunistischen Zeiten, in denen der Gebrauch deutscher Ortsnamen zeitweise sogar verboten war – immer mehr Ortsschilder in rumänischer und in deutscher Sprache aufgestellt werden.

II. Das Schul- und Ausbildungswesen in deutscher Sprache im kommunistischen Rumänien⁹

Nach dem Wechsel Rumäniens vom Verbündeten Deutschlands auf die Seite der Alliierten am 23. August 1944 bis zur Abdankung des

⁹ Vgl. König (1996).

Königs 1947 hatte die evangelische Kirche in Siebenbürgen zeitweise wieder die Rolle als Schulträger der deutschen Schulen übernommen. 1948 wurden die Schulen jedoch vollständig verstaatlicht, eine strenge Trennung von der Kirche wurde angeordnet. Gleichzeitig erfolgte die schrittweise Eingliederung der deutschen Schulen als Abteilungen in die Staatsschulen, oder es wurden umgekehrt in vorher deutschsprachigen Schulen rumänischsprachige Abteilungen eingegliedert. Die Lernstoffe waren für alle Schultypen gleich, die Schulliteratur bestand in den deutschen Schulen bzw. Abteilungen aus Übersetzungen der rumänischsprachigen Schulbücher. Lediglich im Fach „Deutsche Sprache und Literatur“ gab es eigene, von Lehrkräften erstellte Bücher. Zu allen Zeiten war die deutsche Sprache nicht nur Unterrichtsfach, sondern – von den Kindergärten bis zum Lyzeum – die Unterrichtssprache.

Die Ausbildung der Erzieher für Kindergärten und der Grundschullehrer erfolgte zentral in der deutschsprachigen Abteilung des Pädagogischen Lyzeums in Hermannstadt. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit konnten jetzt allerdings die akademisch gebildeten Lehrer nicht mehr im deutschen Sprachraum studieren und ihr Studium abschließen, sondern sie waren auf die Germanistiklehrstühle an den rumänischen Universitäten angewiesen, welche freilich traditionell einen hohen qualitativen Standard aufweisen konnten und in denen Deutsch als Umgangssprache des meist muttersprachlichen Kollegiums war (und bis zum heutigen Tage – trotz Abwanderung der meisten Muttersprachler – weiterhin ist).

Für die Ausbildung der evangelischen Pfarrer, die über Jahrhunderte die stabilste Gruppe der Sprach- und Kulturträger darstellten, wurde eine eigene deutschsprachige Fakultät des ansonsten ungarischen Protestantisch-Theologischen Instituts Klausenburg in Hermannstadt gegründet.

Trotz der schon in den 1970er Jahren einsetzenden Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien umfasste das gesamte System des deutschsprachigen Unterrichts in Rumänien gegen Ende der 1980er Jahre immer noch rund 500 Abteilungen mit rund 35 000 Schülern und mehr als 2500 Lehrern. Obwohl als System für die deutsche Minderheit angelegt, gestattete man auch einer Anzahl nicht-muttersprachlicher Kinder rumänischer, ungarischer und sonstiger Nationalität den

Zugang zum deutschsprachigen Schulwesen. Die wenigen freien Plätze in den deutschen Schulen waren sehr begehrt. Der traditionell gute Ruf der Schulen ließ aufstiegsorientierte rumänische Eltern viel Energie aufwenden, um ihren Kindern dort eine Erziehung angedeihen zu lassen, die höheren Ansprüchen genügt. Die perfekte Beherrschung der deutschen Sprache am Ende der Schulzeit wurde auch in kommunistischen Zeiten als willkommene Eintrittskarte zur mitteleuropäischen Kultur gesehen. Bis zum Einsetzen der Auswanderungswelle waren die nicht-muttersprachlichen, zumeist rumänischsprachigen Kinder in der deutlichen Minderzahl, deutlich mehr als 90 Prozent der Schüler waren Muttersprachler. Doch traten jetzt schon erste Schwierigkeiten in der Unterrichtsversorgung auf, weil zu den Auswandernden auch Lehrpersonal deutscher Nationalität zählte: Nicht überall war nun gewährleistet, dass tatsächlich alle Schulfächer (außer Rumänisch, Geschichte und Erdkunde in der 8. Klasse) auch in deutscher Sprache gehalten werden konnte.

Das deutschsprachige Schulwesen und die deutsche Sprache heute

Die lawinenartige Auswanderung nach 1990 veränderte die Verhältnisse nun grundlegend. Obwohl die Zahl der Schüler mit deutscher Muttersprache drastisch sank – die Zurückbleibenden gehörten meist der älteren Generation an –, gewährleistete die rumänische Regierung den Fortbestand des Schulwesens für die deutschsprachige Minderheit und schrieb ihn im Jahr 1995 im neuen Unterrichtsgesetz fest¹⁰. Dem Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien wurden als Interessenvertretung weitgehende planerische Rechte eingeräumt. Freilich mußte das Schulwesen nun konzentriert werden. In den ländlichen Siedlungen blieben allenfalls deutsche Kindergarten- und Grundschulabteilungen bestehen. Für die weiterführenden Schulen wurden Busdienste zu Zentralschulen und Internate organisiert, häufig mit Unterstützung durch deutsche und österreichische Stellen.

¹⁰ Herrn Martin Bottesch, Direktor des Zentrums für Lehrerfortbildung in deutscher Sprache in Mediasch, und Frau Dr. Johanna Bottesch bin ich für die Zurverfügungstellung der nachfolgend referierten Daten zu großem Dank verpflichtet.

Überraschend erscheint dem Außenstehenden die hohe Schülerzahl in den verbliebenen bzw. neustrukturierten Schulen der deutschen Minderheit. Nach der amtlichen Statistik haben im Schuljahr 1994/1995 insgesamt 20 949 Kinder und Schüler die 302 deutschsprachigen Einheiten und Abteilungen besucht. Seit 1990 gab es sogar einen kontinuierlichen Anstieg. Grund hierfür ist ohne Zweifel der erwähnte gute Ruf der Einrichtungen und das eher wachsende als schrumpfende Interesse rumänischer Eltern an einer Ausbildung ihrer Kinder in deutscher Sprache. Dabei haben sich allerdings die Bildungseinrichtungen von „Schulen der deutschen Minderheit“ zu „Schulen in der Sprache der deutschen Minderheit“ gewandelt:

Im Schuljahr 1993/1994 hatten in Siebenbürgen 76,1 Prozent der Kindergartenkinder keine Eltern und auch keinen Elternteil, der deutscher Nationalität war, in der Allgemeinschule waren es 67,1 Prozent, im Lyzeum 56,4 Prozent. Der Rest hatte deutsche Eltern oder zumindest einen deutschen Elternteil, wobei letztere die Mehrzahl bilden. Ein Schuljahr später betrug der Anteil derjenigen, bei denen „im Hause nicht Deutsch gesprochen wird“, im Kindergarten 79,5 Prozent, in der Allgemeinschule 72,5 Prozent und im Lyzeum 70,1 Prozent. In den anderen Landesteilen dürften die Zahlen ähnlich aussehen, im Sathmarer Gebiet sind sie sicher noch höher.

Die Gesamtzahl der sich in deutschsprachigen Lehranstalten befindlichen Kinder und Schüler (ohne Studenten an den Universitäten) beträgt recht kontinuierlich etwa 20 000. Im Jahr 2002 existierten 153 Kindergärten mit ca. 5200 Kindern, 87 Allgemeinschulen (Klassen 1 – 8)¹¹ und ca. 10 500 Schülern und 25 Lyzeen (Klassen 9 – 12) mit ca. 4200 Schülern. Sieben Lyzeen wurden erst nach 1990 gegründet. Eine 13. Klasse hat das Pädagogische Lyzeum in Hermannstadt, das als Abteilung der Universität Klausenburg weiterhin die deutschsprachigen Erzieher und Grundschullehrer ausbildet. Die Anzahl der Absolventen mit deutschem und/oder deutschsprachigem Hintergrund dürfte gegenüber den gerade referierten Zahlen weiter gesunken sein.

¹¹ Aufgrund des nicht zuletzt auf die Auswanderung zurückzuführenden Mangels an ausgebildeten Fachlehrern mit den notwendigen Kenntnissen in der deutschen Sprache wird in den höheren Klassen der Allgemeinschulen häufig nur ein Teil der Fächer in Deutsch unterrichtet.

An zehn rumänischen Universitäten existieren Lehrstühle, an denen Lehrer in „Deutsch als Muttersprache“ und „Deutsch als Fremdsprache“¹² von durchschnittlich je etwa zehn Lehrenden, in Hermannstadt mehr als 20, ausgebildet werden. An den meisten dieser Lehrstühle ist Deutsch nicht nur Unterrichts- sondern auch die Umgangssprache der Lehrenden und häufig auch der Studenten.

Im Jahr 1998 wurde in Mediasch durch die Verordnung des rumänischen Erziehungsministeriums ein „Zentrum für Lehrerfortbildung in deutscher Sprache“ gegründet. „Das Zentrum koordiniert auf Landesebene die Fortbildung der Fachlehrer, Grundschullehrer und Kindergärtnerinnen, die nach muttersprachlich-deutschen Lehrplänen unterrichten, und die Fortbildung der Lehrer für Deutsch als Fremdsprache. Es ist dem Erziehungsministerium unterstellt und arbeitet aufgrund eines vom ihm selbst entworfenen und vom Erziehungsministerium genehmigten Programms.“¹³ Es hat zum Ziel, „die Tradition des deutschsprachigen Schulwesens und des Deutschunterrichts in Rumänien zu festigen [...] in der Absicht, die besondere kulturelle Bedeutung des Erwerbs von bedeutenden Fremdsprachen hervorzuheben“.

Perspektiven

Die gegenwärtigen, auf das deutschsprachige Unterrichtssystem bezogenen Verhältnisse in Rumänien können im europäischen Vergleich mit Fug und Recht als außergewöhnlich, ja vorbildlich bezeichnet werden. Einer stark dezimierten Minorität wird ein umfassendes Bildungsangebot in der Muttersprache vorgehalten, das allerdings in seiner Funktion über die Grundversorgung der Minderheit hinausgeht und einen prominenten Platz im gesamt rumänischen Bildungssystem im Sinne einer Öffnung der Perspektiven in Richtung eines sich einenden Europas wahrnimmt. Erklärlich wird dieser besondere Sachverhalt nicht zuletzt aus der traditionellen Funktion des Jahrhunderte alten deutschsprachigen Schul- und Bildungswesens vor allem Siebenbürgens als Mittler zwischen Mitteleuropa und dem

¹² Zur Rolle des Deutschen als Fremdsprache außerhalb des deutschsprachigen Schulwesens vgl. *Wagner (2002)*.

¹³ Hier und im folgenden zitiert aus der Seite des Zentrums im Internet (www.canad.ro/ggr/mediasch.htm).

europäischen Westen auf der einen Seite und der aufstrebenden Kultur und Wissenschaft der Rumänen auf der anderen Seite.

Dass die überwältigende Mehrheit der heute sich im deutschsprachigen Bildungssystem befindlichen jungen Menschen keinen familiären Bezug zum Deutschsein und zur deutschen Sprache mehr hat, sollte als ein positives Zeichen gesehen werden: Die Wertschätzung einer Kultur löst sich von engstirnigen Nationalismen und wird als Allgemeingut begriffen. In einzelnen rumänischen Familien und auch unter den Absolventen der deutschsprachigen Schulen wird die deutsche Sprache manchmal sogar zur bevorzugten Alltagssprache.

Für die verbliebenen Reste der deutschen Minderheit bietet dies eine Gewähr, auch in Zukunft in der eigenen überkommenen Kultur – wenn auch unter veränderten, erschwerten Bedingungen – weiterleben zu können. Für die Mehrheitsbevölkerung ist es ein Weg, einerseits das Erbe der zahlreichen in mehr als 800 Jahren von der deutschen Bevölkerung geschaffenen Kulturschätze verantwortungsvoll anzutreten, andererseits aber auch kompetenter Teilhaber an der Kultur der mehr als 90 Millionen Deutschsprachigen Europas zu sein. Die mit hoher Kompetenz gesprochene und geschriebene deutsche Sprache wird somit auf absehbare Zeit zur sprachlichen Wirklichkeit Rumäniens, zumindest Siebenbürgens und des Banats, zählen.

LITERATUR

Bottesch, Martin: Deutsch sprechen in siebenbürgischen Schulen. Hermannstadt 1997.

Deutsche Schulbücher aus Siebenbürgen und anderen Regionen des heutigen Rumänien erschienen bis 1945. Hrsg. v. Gisela Teister. Frankfurt am Main 1996 (Studien zur regionalen Schulbuchforschung 86).

Die Siebenbürgischen Landler. Eine Spurensicherung. Hrsg. von Martin Bottesch, Franz Grieshofer, Wilfried Schabus. 2 Bände. Wien, Köln, Weimar 2002.

Jachomowski, Dirk: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. München 1984.

König, Walter: Das Schulwesen der Siebenbürger Sachsen. In: Germanistische Beiträge 5 (1996), 86-113.

Marin, William: Kurze Geschichte der Banater Deutschen. Temeswar 1980.

Roman, Viorel/Hofbauer, Hannes: Transsilvanien. Siebenbürgen. Begegnung der Völker am Kreuzweg der Reiche. Wien 1996.

Scheiner, Andreas: Die Mundart der Siebenbürger Sachsen. Stuttgart 1896. Reprint Niederwalluf 1971

Völkl, Ekkehard: Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Regensburg, München 1995

Wagner, Ernst: Geschichte der Siebenbürger Sachsen. Ein Überblick. 6. Aufl. Thaur bei Innsbruck 1990.

Wagner, Udo-Peter : Zur Geschichte des Fremdsprachenunterrichts in Rumänien im XX. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des Deutschunterrichts. In: Formen und Funktionen des Fremdsprachenunterrichts im Europa des 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Elmar Lechner. Frankfurt am Main, Berlin, Bern usw. 2002, S. 419-450.

Wolf, Johann: Banater deutsche Mundartenkunde. Bukarest 1987.

Les langues minoritaires en Roumanie

Jean-Jacques BRUNNER¹⁴

Université de Haute-Alsace, Mulhouse

La manière dont les langues minoritaires sont traitées en Roumanie est très différente de ce que nous connaissons ici et peut être considérée comme exemplaire. La population y est très multiculturelle en raison d'une histoire fort complexe. Tout en se reconnaissant de citoyenneté (cetățenie, prononcer "tchétsénié") roumaine, un grand nombre de personnes sont reconnues de nationalité (naționalitate, prononcer "natsionalitate) allemande, hongroise, serbe, tzigane (țigănesc ou rom) ou autre, selon la langue parlée dans les familles respectives. Le terme de "nationalité" y correspond donc à un concept tout différent du nôtre, puisqu'il rend compte de l'origine ethnique des habitants.

Et le système éducatif tient largement compte de cette diversité linguistique. Ainsi à Timișoara, ville de quatre cent mille habitants, il existe depuis fort longtemps un établissement allemand, la Lenaschule, qui va du cours préparatoire au baccalauréat, une école hongroise et une école serbe. Jusque là, la diversité scolaire correspond à la diversité culturelle des habitants. L'enseignement s'y dispense pour l'essentiel respectivement en allemand, hongrois ou serbe, sans exclure des cours de roumain, évidemment. Tout cela se passe de façon parfaitement naturelle, sans que personne n'y trouve à redire. Et, surtout, sans que personne ne s'inquiète pour la compétence des élèves en langue roumaine. Les questions que nous n'avons pas manqué de poser à ce sujet furent, à chaque fois, accueillies avec un étonnement amusé : quelle idée !

¹⁴ Jean-Jacques Brunner est l'auteur du guide de conversation « Le Roumain de poche » (Assimil, éditeur, Paris, 2003). Il fut, dix ans durant (1991-2001), président du Groupe pays Roumanie, qu'il avait fondé dans le cadre de Cités Unies France (Fédération Mondiale des Cités Unies) et qui regroupe une centaine de communes françaises coopérant avec des homologues roumaines. Jean-Jacques Brunner est l'auteur du guide de conversation « Le Roumain de poche » (Assimil, éditeur, Paris, 2003). Il fut, dix ans durant (1991-2001), président du Groupe pays Roumanie, qu'il avait fondé dans le cadre de Cités Unies France (Fédération Mondiale des Cités Unies) et qui regroupe une centaine de communes françaises coopérant avec des homologues roumaines.

Bien au contraire, ces établissements sont très prisés. Si bien que bien des parents d'origine purement roumaine n'hésitent point à y placer leurs enfants. L'actuel primar (maire) de Timișoara, l'universitaire Gheorghe Ciuhandu, est issu de la Lenauschule. Son épouse, physicienne, a fréquenté l'école allemande d'Arad, autre ville importante de la région. Il semble bien que la population ait compris l'intérêt non seulement culturel, mais aussi économique d'une formation réellement plurilingue.

C'est en tout cas ce que corrobore l'ouverture, dès après la révolution de décembre 1989, d'une forte section française au lycée Jean-Louis Caldéron, ainsi appelé en mémoire d'un photographe de presse français qui y perdit accidentellement la vie au cours de ladite révolution. Nous avons eu l'occasion, à bien des reprises, de suivre le travail qui se fait dans cet établissement : les enfants y parlent le français au moins aussi bien que les nôtres, à ceci près qu'ils savent encore utiliser un passé simple et qu'ils n'ont pas encore sacrifié le pronom personnel et défini "nous"-sujet au bénéfice d'un "on" indéfini et qui signifie "n'importe qui".

On peut attribuer l'énorme succès de ce lycée français à une francophilie extrêmement répandue en Roumanie. Mais des calculs économiques n'y sont sans doute pas étrangers non plus. D'autant plus que, voici quelques années, s'est ouvert un lycée anglais, qui connaît également un succès considérable. Et là, ce n'est probablement pas pour des raisons affectives.

Les Roumains sont des gens modestes. Ils savent qu'ils sont seulement vingt-deux millions à habiter la Roumanie et que leur langue est pratiquée par à peine trente millions de personnes dans le monde. Ils éprouvent un besoin profond d'accéder aux grandes langues universelles. Aussi n'est-il pas rare d'en rencontrer qui parlent, outre le roumain, à la fois l'anglais, l'allemand et le français.

Or il n'est guère possible d'affirmer qu'il s'agit de langues régionales. Ce fut sans doute le cas pour l'allemand au Banat, naguère encore, et

du hongrois dans le nord de la Transylvanie. Aujourd'hui, ce sont les langues de minorités. Mais on peut affirmer qu'elles sont plutôt bien traitées, car elles sont considérées comme une richesse porteuse d'avenir, jamais comme une menace pour la langue nationale..

Une chose est certaine : ce pays d'Europe, qui ne fait pas encore partie de l'Union européenne, n'en constitue pas moins un exemple pour nous autres. Aurons-nous enfin la modestie de reconnaître que nous ne sommes pas les meilleurs en tout ? Saurons-nous, un jour, jauger la valeur des peuples à une aune non plus purement économique, mais également culturelle ?

**Das saarländische Forschungsprojekt „Effizienz des
Frühunterrichts – begleitende Forschung im Rahmen der
Fremdsprachenreformen“**

Sabine EHRHART
Universität des Saarlandes

Das Forschungsprojekt „Effizienz des Frühunterrichts – begleitende Forschung im Rahmen der Fremdsprachenreformen“ wird vom saarländischen Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft seit 2000 finanziert. Die Leitung dafür liegt bei Prof. Dr. R. Franceschini (Romanistisches Institut der Universität des Saarlandes), die Autorin dieses Beitrages ist mit der Durchführung des Projektes beauftragt. Weiter beteiligt im Team sind Gudrun Ziegler, Judith Dauster, Stefan Tröster-Mutz, Anette Müller. Homepage: www.phil.uni-sb.de/fr/romanistik/franceschini/lf/projekt.html

Im Modellversuch zum Frühfranzösisch werden Grundschüler ausgewählter Klassen ab der ersten Klasse zwei Wochenstunden lang in der Sprache der Nachbarregion unterrichtet, ab der 3. Klasse wird Französisch bereits seit 1992 flächendeckend angeboten. Damit gehört das Saarland zu den Pionieren im frühen Fremdsprachenunterricht in Deutschland.

Den Unterricht im Modellversuch erteilen größtenteils französische Lehrer, die direkt aus dem angrenzenden Département Moselle kommen: das schulische Umfeld mit einer relativ großen Freiheit der Lehrkräfte und mit wenig eingefahrenen Routinen ist ein interessantes Untersuchungsgebiet. Dabei versuchen wir, Forschung und Praxis zu verbinden. Einerseits sind wir im Kontakt mit dem Ministerium, der Landesfachkonferenz Frühfranzösisch und dem Institut für Lehrerbildung beratend und ausbildend tätig, andererseits werten wir die durch Audio- und Videoaufzeichnungen erfassten Unterrichtssequenzen aus. Bei der Forschungsarbeit im universitären Bereich stehen die Spracherwerbsstrategien der Lerner im Mittelpunkt, die wir in Bezug mit den Lehrstrategien setzen. Es ist dabei zu

bemerken, dass die Schüler bei Eintritt in die Grundschule mit 6 Jahren über eine sehr geringe Lernerautonomie verfügen und dass deshalb der Lehrer eine stärker initiierende Funktion in der Interaktion hat als bei anderen Altersstufen, diese Relation verändert sich mit dem Wachstum der Schüler etwas.

Insgesamt verfügen wir bis heute über mehr als 150 Stunden an Audio- und Videoaufzeichnungen, die wir in etwa ebenso vielen Feldterminen zusammengetragen haben. Eine Datenbank namens „clafs“ ist im Aufbau, die in wenigen Monaten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.

